

PRINT

NRW

Ein Häuptling gegen RWE

Von Guido M. Hartmann | Veröffentlicht am 21.04.2013 | Lesedauer: 6 Minuten

Umwelt- und Menschenrechtsverbände prangern Missstände in Kohleförderländern wie Kolumbien und Russland an

Ein Vertreter des indigenen Wayúu-Volkes aus dem Nordosten Kolumbiens hatte man bislang noch nicht auf einer Hauptversammlung des Energiekonzerns RWE gesichtet. Doch am Donnerstag trat in Essen der 47-jährige Oscar Guariyu mit dem Kopfschmuck seines 16.800 Menschen zählenden Volkes ans Mikrofon, um gegen den dortigen Kohleabbau durch das Unternehmen Cerrejón zu protestieren. „Wie ich erfahren habe, bezieht auch Ihr Unternehmen große Mengen Kohle von Cerrejón“, sagte der Stammesführer. Und berichtete in teils drastischen Worten von den Auswirkungen des Kohleabbaus auf die dort lebenden Menschen. „RWE sollte keine Geschäfte mit einem Unternehmen machen, das die Rechte der Wayúu so mit Füßen tritt wie Cerrejón“, sagte Guariyu in der Gruga-Halle in Richtung RWE-Vorstand.

Mit nach Essen gebracht hatten den Häuptling die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen „Urgewald“ und Fian (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk). Diese hatten zuvor im Düsseldorfer Landtag unter dem Titel „Bitter Coal“ ein „Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte“ vorgestellt, in dem von ökologischen und menschenrechtlichen Folgen der importierten Steinkohle die Rede ist. Dem Report zufolge importiert etwa RWE mittlerweile mehr als 70 Prozent der Steinkohle, die in den Kohlekraftwerken des Konzerns verbrannt wird, vor allem aus Kolumbien, Russland und den USA.

Heftige Vorwürfe werden auch gegen den amerikanischen Konzern Drummond erhoben, einen der wichtigsten Kohleproduzenten Kolumbiens. Die Sprecherin eines Anwaltskollektivs, das betroffenen Familien in Kolumbien vertritt, berichtete von einem Strafverfahren wegen Mordes an zwei Gewerkschaftern, in das Drummond-Mitarbeiter

verwickelt sein sollen. „Wir fragen uns: Ist das ein Unternehmen, von dem RWE seine Kohle beziehen sollte?“, sagte vor dem Hintergrund dieser Vorwürfe Heffa Schücking, Vorsitzende der im münsterländischen Sassenberg beheimateten Organisation „Urgewald“.

Doch RWE ist keinesfalls das einzige Energieunternehmen in Deutschland, das im Bericht „Bitter Coal“ kritisiert wird. Genannt werden auch E.on, EnBW, Vattenfall und Steag, die gleichfalls in Deutschland Kohlekraftwerk betreiben. Und die angesichts des auslaufenden deutschen Steinkohlbergbaus auf Importe angewiesen sind. Schücking und ihre Mitstreiter fordern eine gesetzliche Regelung, die Energieversorger verpflichtet, ihre Zulieferer offenzulegen. Un kritisieren hier im Besonderen die Essener Steag, die gar keine entsprechenden Angaben mache. Außerdem müssten in Lieferverträgen ökologische und soziale Mindeststandards fixiert werden, so Schücking, die am Donnerstag auch auf der RWE-Hauptversammlung das Wort ergriff. Besonders schädliche Abbaupraktiken – wie das Sprengen ganzer Bergspitzen in den USA – müssten gänzlich ausgeschlossen werden, so die Forderung. Zudem dürfe es keine Konflikte zwischen Kohleabbau und Trinkwasserversorgung geben, die vor allem in russischen Fördergebieten gravierend seien.

Bei ihrem Kampf setzen „Urgewald“ und die in Köln beheimatete deutsche Fian bei RWE und der Steag vor allem auf die kommunalen Anteilseigner der Konzerne. „In den Rathäusern dieser Städte bekommen Sie fair gehandelten Kaffee angeboten“, sagt Schücking. Und Essen bewerbe sich als „Grüne Hauptstadt Europas“. Gleichzeitig aber verschließe man in den Ruhrgebietsgemeinden die Augen vor den gravierenden Folgen des Kohleabbaus im Ausland.

Bei RWE und Steag weist man die erhobenen Vorwürfe zurück. „Uns sind die Umwelt- und Arbeitsbedingungen in den Minen nicht gleichgültig“, teilte Konzernsprecherin Annett Urbaczka mit. „Alle aktuellen und zukünftigen Geschäftspartner werden einer regelmäßigen Prüfung unterworfen.“ Geprüft werde unter anderem hinsichtlich des Verdachts auf Geldwäsche, Finanzkriminalität, terroristische Aktivitäten und deren Finanzierung, Korruption sowie Verstöße gegen ethische Standards, Menschenrechte und Umweltschutz. Dafür sei gemeinsam mit anderen Energieversorgern 2010 die Initiative „Bettercoal“ (Bessere Kohle) ins Leben gerufen worden. „Bei Vertragspartnern, bei denen potenzielle Risiken erkannt wurden, erfolgt eine Prüfung alle drei bis zwölf Monate.“

RWE-Chef Peter Terium hatte Anfang 2012, damals noch als stellvertretender Vorstandsvorsitzender, den Standpunkt zur neuen Initiative erläutert: „Wir verfügen bereits

heute über gute Mechanismen, mit denen wir Standards wie Umweltschutz oder nachhaltiges Handeln bei Vertragspartnern messen können. Mit dieser gemeinsamen Initiative wollen wir weitere Verbesserungen vor Ort, da wo sie nötig sind, anschieben. Unser Ziel ist es, dass unsere Kohle ausschließlich aus Betrieben kommt, die einen verantwortungsbewussten Ansatz zum Schutz ihrer Mitarbeiter, der Gemeinden und des lokalen Umfelds verfolgen.“

Kohlekraftwerke tragen bei RWE jedoch immer noch zu mehr als der Hälfte der Stromerzeugung bei – deutlich mehr als etwa beim Konkurrenten Egon. Da die Produktion aus Wind und Sonne nicht immer gesichert sei, würden auch künftig konventionelle Anlagen benötigt, so Terium damals. Eine „Diffamierung einzelner Energieträger wie der Kohle“ lehne RWE deshalb ab. „Das Schüren von Ängsten ist kein Beitrag zur notwendigen sachlichen Auseinandersetzung.“

Und RWE-Manager Joachim Löchte vom Konzernbereich „Corporate Responsibility“ und Umweltschutz wurde zum Vorsitzenden des Gründungsdirektoriums von Bettercoal gewählt: „Derzeit erarbeiten wir Anforderungen an eine nachhaltige Steinkohlegewinnung mit Vertretern der kritischen Öffentlichkeit und den Bergbauunternehmen. Auf dieser Basis werden unabhängige Dritte noch in diesem Jahr damit beginnen, die ersten Minen zu besuchen und sich ein Bild vor Ort zu machen“, so Löchte.

„Bettercoal“ sei jedoch ein langfristiges Projekt, heißt es bei RWE. Die Initiative – der auch der Düsseldorfer E.on-Konzern beigetreten ist – werde erforderliche Verbesserungen in den Bereichen Umweltschutz, Abbau- und Arbeitsbedingungen initiieren und die Umsetzung begleiten. Und werde dazu „mit allen interessierten Gruppen und den Betroffenen, zu denen auch die Abbauunternehmen und Minenbetreiber gehören, einen intensiven Dialog führen“.

Bei der Steag in Essen verwies ein Sprecher darauf, dass ein Tagebau zunächst einmal grundsätzlich – sei es in Kolumbien oder in Deutschland – einen einschneidenden Eingriff in die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen und die Umwelt bedeute. Steinkohle aus Kolumbien beziehe die Steag allein von Cerrejón. Und „nach Fehlentwicklungen vor längerer Zeit“ habe sich dieses Unternehmen dafür entschieden, „einen Weg der Transparenz zu gehen, kritische Fragen offen zu beantworten und öffentlich über Fortschritte, aber auch Probleme zu berichten“.

Ende 2010 und Anfang 2012 habe der Compliance-Beauftragte der Steag Cerrejón vor Ort besucht. Und habe mit Mitarbeitern, Umgesiedelten, Gewerkschaftern und mit dem Anwalt der von Umsiedlungsmaßnahmen Betroffenen gesprochen. „Er konnte keine Unstimmigkeiten feststellen“, heißt es vonseiten der Steag. Nach den vorliegenden Erkenntnissen seien die Arbeits- und Sozialstandards bei Cerrejón mittlerweile „sehr hoch“. Die Steag werde sich aber „weiterhin vor Ort ein Bild zu Vorwürfen Dritter machen und weiterhin kritisch unseren Lieferanten befragen“.

Bei den öffentlichkeitswirksamen Auftritten von „Urgewald“ und Fian in Düsseldorf und Essen wurde jedoch auch deutlich, dass beide Organisationen generell gegen den Betrieb und den Ausbau von Kohlekraftwerken sind. So wird RWE aufgefordert, auf den Bau weiterer Kohlekraftwerke zu verzichten, weil dies „klimapolitisch ohnehin nötig“ sei und mittelfristig aus der Kohle auszusteigen. Und auf die Frage, aus welchen Gebieten die deutschen Stromerzeuger bis dahin denn alternativ „saubere“ Kohle importieren könnten, sagte „Urwald“-Geschäftsführerin Heffa Schücking: „Wir haben sie nicht gefunden.“

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/115462180>